



MILLIARDEN FÜR DIE TIERINDUSTRIE

WIE DER STAAT
ÖFFENTLICHE GELDER
IN EINE ZERSTÖRERISCHE
BRANCHE LEITET

KURZFASSUNG

KURZFASSUNG DER STUDIE

„MILLIARDEN FÜR DIE TIERINDUSTRIE: WIE DER STAAT ÖFFENTLICHE GELDER IN EINE ZERSTÖRERISCHE BRANCHE LEITET“

Die Studie zeigt im ersten Teil, dass die Tierwirtschaft¹ in Deutschland in hohem Maße mit öffentlichen Geldern gefördert wird. Mehr als 13,2 Mrd. Euro fließen jedes Jahr auf direktem oder indirektem Weg in die Tierwirtschaft. Hinzu kommen viele weitere Förderungen, für die nicht genug Daten zugänglich sind, um eine fundierte Schätzung vorzunehmen. Es ist entsprechend davon auszugehen, dass die tatsächliche Summe deutlich höher liegt.

Im Bewertungsteil stellt die vorliegende Studie die fatalen Auswirkungen der Tierindustrie im Hinblick auf Menschen, Tiere, Gesundheit, Umwelt und Klima dar und liefert vor diesem Hintergrund eine Kritik an der aktuellen Förderpolitik. Das Bündnis „Gemeinsam gegen die Tierindustrie“ fordert davon ausgehend eine umfassende Transformation von Landwirtschaft und Ernährung, im Zuge dessen die Förderungen für die Tierindustrie abgebaut bzw. zugunsten anderer Zwecke umgeschichtet werden müssen.

SCHÄTZUNG JÄHRLICHER FÖRDERSUMMEN

2,73 MRD. EURO
Agrarsozialpolitik

207,71 MIO. EURO
Öffentliche Beratungs- und
Vollzugsdienstleistungen

2,85 MRD. EURO
EU-Agrarförderung

5,86 MRD. EURO
Fiskal- und Wirtschafts-
förderungs politik

28,73 MIO. EURO
Rentenbank

640,27 MIO. EURO
Förderungen aus dem
Haushalt des BMEL

+ weitere



¹ Mit „Tierwirtschaft“ meinen wir die Gesamtheit aller Sektoren, die mit der Nutzung von Tieren für die Erzeugung von Fleisch, Milch und Eiern verbunden sind – neben der Tierhaltung auch den Futteranbau, die Schlachtung sowie die Verarbeitung und Vermarktung von Tierprodukten. Hierbei wird keine Unterscheidung vorgenommen bezüglich unterschiedlicher Charakteristika der Wirtschaftsformen. In der Bewertung der Ergebnisse und den darauf aufbauenden Forderungen sprechen wir allerdings primär von der „Tierindustrie“. Damit meinen wir den Teil der Tierwirtschaft, der durch intensive und industrielle Verfahren gekennzeichnet ist, und damit praktisch die gesamte konventionelle Tierhaltung von Rindern, Schweinen, Hühnern, Puten und anderen Tieren.

ZIELE, METHODEN UND ERGEBNISSE DER STUDIE IM EINZELNEN:

Das Ziel der Datenanalyse (Kapitel I) besteht darin, sämtliche öffentliche Förderungen der Tierwirtschaft zusammenzufassen und wenn möglich zu quantifizieren.

Zu den öffentlichen Förderungen gehören direkte Subventionen, Steuererleichterungen, staatliche Dienstleistungen wie Beratungsleistungen, staatliche Sozialleistungen und weitere. Nicht alle dieser Förderungen werden im Subventionsbericht der Bundesregierung erfasst; insgesamt mangelt es an Transparenz, denn viele relevante Daten sind auch auf Nachfrage bei staatlichen Institutionen nicht verfügbar.

Ein Kernproblem für die Quantifizierung vieler Förderungen besteht darin, dass diese sich auf die Landwirtschaft als ganze beziehen und dabei nicht differenziert wird, in welchem Ausmaß sie jeweils dem Pflanzenbau bzw. der Tierwirtschaft zugute kommen. Die vorliegende Studie arbeitet daher mit zwei Verteilungsschlüsseln. Der ökonomische Verteilungsschlüssel beruht auf dem Anteil der Betriebe mit tierwirtschaftlichem Schwerpunkt an der Gesamtzahl der landwirtschaftlichen Betriebe sowie auf dem Anteil der Tierprodukte und Futtermittel an Verkaufserlösen und Produktionswert der Landwirtschaft. Der flächenbezogene Verteilungsschlüssel beruht auf dem Anteil der Flächen, die in Deutschland für die Tierwirtschaft genutzt werden.

Eine Schätzung jährlicher Fördersummen liefert die Studie für folgende Bereiche:

- **Agrarsozialpolitik:** Hierunter fallen zahlreiche Maßnahmen, die darauf abzielen, die soziale Absicherung und die Einkommen von Landwirt*innen zu verbessern. Nach Anwendung des ökonomischen Verteilungsschlüssels ergibt sich eine Förderung für die Tierwirtschaft von **2,73 Mrd. Euro pro Jahr**.
- **EU-Agrarförderung:** Die flächengebundenen Direktzahlungen der ersten Säule werden hier mit dem flächenbezogenen Verteilungsschlüssel aufgeteilt, so ergibt sich eine Förderung der Tier-

wirtschaft von **2,85 Mrd. Euro** insbesondere für die Erzeugung von Futtermitteln. Von der so genannten zweite Säule, die von Bund, Ländern und Kommunen kofinanziert wird, wird hier mehr als die Hälfte als landwirtschaftliche Subvention gewertet, der Tierwirtschaft werden mithilfe des ökonomischen Verteilungsschlüssels **878 Mio. Euro** zugeordnet.

- **Öffentliche Beratungs- und Vollzugsdienstleistungen in der Landwirtschaft:** Viele Bundesländer finanzieren Landwirtschaftskammern oder Landesanstalten u.a. zur Beratung der Landwirt*innen. Nach Anwendung des ökonomischen Verteilungsschlüssels ergibt sich eine Summe von **207,71 Mio. Euro**, die der Tierwirtschaft zugute kommen.
- **Rentenbank:** Durch Förderzuschüsse auf Darlehen profitieren Unternehmen der Landwirtschaft sowie der Agrar- und Ernährungswirtschaft zusätzlich zu günstigen Zinskonditionen. Auf die Tierwirtschaft entfallen mit ökonomischem Verteilungsschlüssel **28,73 Mio. Euro**.
- **Fiskal- und Wirtschaftsförderungspolitik:** Die Tierwirtschaft profitiert von der reduzierten Mehrwertsteuer auf tierbasierte Produkte sowie anteilig von der Steuervergünstigung von Agrardiesel, der Befreiung landwirtschaftlicher Fahrzeuge von der Kraftfahrzeugsteuer sowie von Einsparungen bei der EEG-Umlage – insgesamt **5,86 Mrd. Euro**.
- **Förderungen aus dem Haushalt des BMEL:** Mehrere aktuelle Programme leiten Geld in die Tierwirtschaft: Investitionshilfen für Gülletechnik, Stallbauförderung; hinzu kommen Aufwendungen für das Tierwohllabel und das Bundesprogramm Nutztierhaltung. Außerdem bezahlt das BMEL für Forschung, die primär den Interessen der Tierwirtschaft dient. Insgesamt ergibt sich ein Betrag von **640,27 Mio. Euro**.

Die **Gesamtsumme** der quantifizierten Förderungen beläuft sich damit auf **mindestens 13,2 Mrd. Euro**.

Viele weitere Förderungen lassen sich anhand der vorhandenen bzw. verfügbaren Daten nicht quantifizieren. Folgende Bereiche werden zumindest beschrieben:

- Die reduzierte Mehrwertsteuer gilt nicht nur für tierbasierte Lebensmittel, sondern auch für Futtermittel und lebende Tiere. Auch davon profitieren die Unternehmen der Tierwirtschaft.
- Die Tierzucht wird durch Gemeinnützigkeitsregeln sowie direkte Subventionen aus Landeshaushalten unterstützt.
- Zuschüsse der Länder zu den Tierseuchenkassen
- Landesmittel für Absatzförderung / Agrarmarketing
- Förderkredite: Die Landwirtschaftliche Rentenbank vergibt jedes Jahr Förderkredite in Milliardenhöhe, die sich durch besonders niedrige Zinssätze auszeichnen.
- Forschung im Interesse der Tierwirtschaft: Zahlreiche öffentlich finanzierte Institute und Forschungsvorhaben zur Haltung, Fütterung und Zucht von Tieren dienen in erster Linie der ökonomischen bzw. „Leistungs“-Performanz der Tierhaltung.
- Öffentliches Veterinärwesen: Immense Summen fließen u.a. auf Ebene der Landkreise in Fleischkontrollen und Tierschutzüberwachung, die bei einem Abbau der Tierbestände drastisch reduziert bzw. aufgehoben werden könnten.

Kapitel II nimmt eine Bewertung der aktuellen Förderungspolitik vor und stellt dafür die negativen Auswirkungen der Tierwirtschaft in fünf Bereichen überblicksartig dar. Die Tierwirtschaft trägt maßgeblich zur menschengemachten Klimakrise bei, schädigt die Umwelt und gefährdet die Gesundheit der Bevölkerung. Sie setzt dabei Tieren massiven Leiden aus und ist mit Ausbeutung von Menschen und globaler Ungerechtigkeit verbunden. Vor

diesem Hintergrund werden in dem Kapitel auch die aktuell viel diskutierten Empfehlungen der Borchert-Kommission kritisch beleuchtet: Sie sehen vor, weitere Milliarden an öffentlichen Geldern in die Tierwirtschaft zu leiten, ohne aber die zuvor geschilderten Grundprobleme zu lösen.

In **Kapitel III** sind die Forderungen vom Bündnis Gemeinsam gegen die Tierindustrie zusammengefasst. Der Ausstieg aus der Tierindustrie kann demnach nicht länger aufgeschoben werden. Die öffentlichen Gelder, die derzeit in diese Industrie fließen, müssen stattdessen dazu genutzt werden, eine ökologische und solidarische Agrarwende zu finanzieren.

Die Forderungen lauten:

1. Klare Ziele für die drastische Reduktion der Tierbestände mit konkreten Meilensteinen für die Umsetzung: Abbau von mindestens 80 Prozent der aktuellen Bestände bis 2030.
2. Gute Alternativen für Beschäftigte: Tragfähige Konzepte für Tierindustrie-Regionen und Ausstiegsprogramme.
3. Förderung für ökologische und solidarische Anbauprojekte: Umschichtung der Gelder von der Tierindustrie hin zu regionaler und gerechter Nahrungsversorgung.
4. Förderung für Klimaschutz und Biodiversität: Auf freiwerdenden Flächen Ökosysteme wiederherstellen und Treibhausgase einlagern.
5. Ernährungswende: Drastische Reduktion des Tierproduktkonsums.
6. Zukunftsfähige Forschung und Lehre: Fördergelder umschichten und Ausbildungswege reformieren.

Die vollständigen Forderungen:

<https://gemeinsam-gegen-die-tierindustrie.org/forderungen-agrarwende>

DIE VOLLSTÄNDIGE STUDIE:

Gemeinsam gegen die Tierindustrie: Milliarden für die Tierindustrie. Wie der Staat öffentliche Gelder in eine zerstörerische Branche leitet, März 2021, zum Download hier:

<https://gemeinsam-gegen-die-tierindustrie.org/studie-milliarden-tierindustrie>



DAS BÜNDNIS:

Gemeinsam gegen die Tierindustrie ist ein überregionales Bündnis, das sich im Juli 2019 gegründet hat. Es besteht unter anderem aus Menschen und Gruppen aus der Klimagerechtigkeits- sowie der Tierrechts- und Tierbefreiungsbewegung. Das Bündnis fordert die Abschaffung der Tierindustrie und

eine Agrarwende hin zu einer solidarischen und ökologischen Produktions- und Organisationsweise, die nicht auf Kosten anderer erfolgt und nicht am Gewinn orientiert ist. Für Juli 2021 ist eine Massenaktion zivilen Ungehorsams und ein Aktionscamp gegen die PHW-Gruppe (Wiesenhof) in Niedersachsen geplant.

**Weitere Informationen über das Bündnis
„Gemeinsam gegen die Tierindustrie“,
geplante Aktionen und Unterstützungsmöglichkeiten:
<https://gemeinsam-gegen-die-tierindustrie.org>**

IMPRESSUM

Herausgeber: Gemeinsam gegen die Tierindustrie · mail@gemeinsam-gegen-die-tierindustrie.org
V.i.S.d.P.: Dr. Friederike Schmitz · c/o Lokomofeillow e.V. · Hermannstraße 51 · 12049 Berlin
Gestaltung: Andreas Stratmann · Titelbild: mma23 / stock.adobe.com
Gefördert aus Mitteln von Animal Rights Watch e.V. und Stiftung Tiernothilfe